

Werner Miehle-Fregin

Meine Meinung: Die Wiederentdeckung des Bildungsthemas in der Jugendhilfe wurde durch PISA aufgenötigt.

1. Bedeutung von Bildung im Traditionszusammenhang meiner Handlungsfelder

Das Handlungsfeld, in dem ich tätig bin, ist die öffentliche Jugendhilfe: Ich leite im Landesjugendamt, das beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg als überörtlichem Träger der Jugendhilfe angesiedelt ist, das Referat „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit, Fortbildung“, wozu auch Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe und generelle Fragen der Kooperation von Jugendhilfe und Schule gehören. Abgeschlossen habe ich mein Studium in Tübingen 1976, bin also sozusagen bereits selbst Teil des Traditionszusammenhangs meiner Handlungsfelder.

Konzentrieren werde ich mich im Rahmen meines Statements auf die Bereiche Jugendarbeit und Kooperation der Jugendhilfe mit der Schule, im ersten Abschnitt werde ich auch noch auf eine sozialpädagogische Jugendwohngemeinschaft eingehen.

Eigene Erfahrungen mit dem Thema Bildung machte ich während meines Studiums von 1971 – 1976 hier am IfE in Tübingen in zwei Bereichen der (zu dieser Zeit noch so genannten) „Jugendpflege“ und „Jugendfürsorge“, die damals neue Wege erprobten:

Politische Bildung mit Aktivisten der Jugendzentrumsbewegung (BDP)

Der BDP als konfessionsfreier Pfadfinderverband hatte sich durch die Studentenbewegung politisiert. Die alte Pfadfindermethode der Kundschaft unbekannter Gegenden hatte er schon einige Jahre zuvor in politische Kundschaft umgewandelt, mit der sich der BDP ein eigenes Bild von der Situation der Jugend in der DDR machen wollte. Zu der Zeit, als ich 1974 mein Praktikum beim BDP machte, sah er seine Zielgruppe in den Aktivisten der Jugendzentrumsbewegung, die damals für selbstverwaltete Jugendzentren kämpfte. Der BDP betrachtete ein selbstverwaltetes Jugendzentrum lediglich als Etappenziel im Kampf um eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft in allen Bereichen: „Die politische Arbeit im Jugendzentrum muss am Existenzbereich der Jugendlichen ansetzen: Betrieb, Schule, Familie, Wohnbereich.“ (BDP-Broschüre Jugendzentren 1973 – Vgl. auch das Seminar von Stefan Straub: „Freizeitpädagogik – Politische Bildung in Jugendverbänden“ am IfE im WS 73/74)

Betreuer in einer sozialpädagogischen Jugendwohngemeinschaft des Jugendamts der Stadt Stuttgart

Um weitere Praxiserfahrungen zu sammeln, ließ ich mich ein Semester für die Arbeit in einer Jugendwohngemeinschaft beurlauben, die vom Jugendamt der Stadt Stuttgart (Dr. Wolf-Rainer Wendt) als Reformprojekt der Heimerziehung für Mädchen eingerichtet worden war. Darüber schrieb ich dann auch mit Getrud Meuth meine Dipl Arbeit 1976 „Zielperspektiven und Lernmöglichkeiten in einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft (heute würde man wohl Bildungsziele und –prozesse sagen).

Wir untersuchten Lernprozesse der Mädchen in folgenden Bereichen, zu denen wir auch die Mädchen biographisch interviewten:

- Integration in den Arbeitsprozess (Sonderschule, Stellensuche, Arbeitslosigkeit. Ausbildung als Verkäuferin)
- Haushalt, Wohnung, Geld
- Freizeit und Außenkontakte
- Interessenvertretung gegenüber der Sozialbürokratie
- Frauenrolle und Sexualität (heute würde man noch Gesundheit hinzunehmen)
- Auseinandersetzung mit der eigenen Identität

Diese Bildungsaufgaben sind m. E. auch heute noch in der Heimerziehung relevant. Leider hat sich der 12. Kinder- und Jugendbericht mit der Bildung in der Heimerziehung nicht befasst.

Landesjugendamt

Nach dem Studium arbeitete ich noch ein Jahr in dieser Wohngemeinschaft, um dann in das Jugendhaus Obertürkheim des Stuttgarter Jugendhaus-Vereins zu wechseln. Seit 1980 bin ich im Landesjugendamt tätig, zunächst nur für den Bereich Jugendarbeit, dann kamen Modellprojekte gemeinwesenorientierter Jugendhilfe hinzu, die vom IfE (Prof. Thiersch, Rainer Treptow, Maria Bitzan, Thilo Klöck) begleitet wurden, später auch noch die Arbeitsfelder Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe und die Kooperation von Jugendhilfe und Schule insgesamt. Hier arbeiteten wir mit Eberhard Bolay und seiner Forschungsgruppe JuS (Carola Flad, Heiner Gutbrod u.a.) zusammen (Veröffentlichungen: Unterstützen - Vernetzen – Gestalten. Eine Fallstudie zur Schulsozialarbeit, 1999 und: Sozialraumverankerte Schulsozialarbeit, 2003). 1993 hatten Barbara Stauber und Andreas Walther im Rahmen der Begleitung von Projekten der Jugendberufshilfe eine Expertise „Lebensweltorientierung und Regionalbezug in der Jugendsozialarbeit“ für uns erstellt.

Mit der Verwaltungsreform 2005 kam Nanine Delmas zu mir als Referentin für Jugendarbeit, deren Veröffentlichungen zum Thema Bildungspotenziale der Jugendarbeit in der Zeitschrift Deutsche Jugend und anderen Publikationen sicher den JugendarbeiterInnen unter Ihnen bekannt sind.

Dies war ja auch die Zeit der durch PISA allerorten ausgelösten Bildungsdebatten, auf die ich in meinem Eingangsstatement im Hinblick auf die Jugendarbeit und die Kooperation von Jugendhilfe und Schule in der gebotenen Kürze eingehen will. Die anderen Arbeitsfelder der Jugendhilfe kommen wir sicher in der anschließenden Diskussion zu sprechen.

Jugendarbeit

In der **Jugendarbeit** wurde die Bildung nicht wiederentdeckt, aber durch die PISA-Debatte eindeutig wiederbelebt,

- einerseits aus Furcht, aus dem Blickfeld einer sich nur auf die Schule konzentrierenden Bildungsdebatte zu geraten, und aus dem Bestreben, den eigenen gesetzlichen Bildungsauftrag und die eigene Bildungspraxis in´s rechte Licht zu rücken.
- andererseits aus der Hoffnung heraus, eine neue Zauberformel für die Legitimation von Jugendarbeit und den Kampf gegen die Kürzung von Zuschüssen gefunden zu haben, nachdem der Präventionsbegriff abgenutzt war.

In Zeitschrift „deutsche jugend“ zieht sich das Stichwort Bildung seit ihrer Gründung im Jahr 1954 in allen Jahrgängen durch: Berufsausbildung junger Menschen (anwaltschaftlich thematisiert), Politische Bildung, Musische Bildung, Freizeitpädagogik, Mädchenbildung (inzwischen auch geschlechtsspezifische Jungenbildung), Medienpädagogik, Internationale Jugendbegegnung, Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Gruppenleiter und hauptamtlicher Fachkräfte der Jugendarbeit / Jugendpflege, Kooperation bzw. Konkurrenz zwischen Jugendarbeit und Schule, neuerdings Ganztagschule.

In den 70er Jahren gab es die Auseinandersetzungen um emanzipatorische oder antikapitalistische Jugendarbeit. Im Zuge der durch den Sputnik-Schock ausgelösten Bildungsdebatte wurde auch in der Jugendarbeit der Bildungsaspekt in den Vordergrund gerückt und es kam in Baden-Württemberg wie auch etlichen anderen Bundesländern 1975 zum **Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung** als Grundlage für die finanzielle Förderung von Jugendverbandsarbeit und Jugendmusikschulen durch den Landesjugendplan.

Als 1991 dann das KJHG / SGB VIII in § 11 , Abs 3: die **außerschulische Jugendbildung** mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung als Schwerpunkt der Jugendarbeit definierte, ging das keineswegs mit einer entsprechenden Fachdebatte einher. Burkhard Müller schrieb 1993 sogar einen Aufsatz „Außerschulische Jugendbildung oder: Warum versteckt Jugendarbeit ihren Bildungsanspruch?“

Erst PISA brachte dann das Thema Bildung auch in der Jugendarbeit wieder so richtig nach vorne, unterstützt in Baden-Württemberg durch die „Offensive Jugendbildung“ unter Federführung der Akademie der Jugendarbeit und finanziell gefördert durch das Kultusministerium.

Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Nach der ersten Phase der Schulsozialarbeit im Zusammenhang der Bildungsreformen der 70er Jahre war es um die Schulsozialarbeit wieder still geworden. In den 80er Jahren förderten wir (Landesjugendamt Württemberg-Hohenzollern) dann im Rahmen unserer gemeinwesenorientierten Projekte der Jugendhilfe zwei Projekte der Schulsozialarbeit an Hauptschulen in Ravensburg – somit als Reformprojekte aufsuchender Jugendhilfe und nicht mehr als Bildungsreform. Die Ergebnisse dieser Projekte waren für die Jugendamtsleiter und unsere Gremien so überzeugend, dass wir in den 90er Jahren ein spezielles Förderprogramm „Schulsozialarbeit an Hauptschulen“ auflegen konnten, das dann auch den Impuls für eine Landesförderung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen gab, die durch die Enquete-Kommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ des Landtags ermöglicht wurde – interessanterweise nicht aus Mitteln des Kultusministeriums sondern des Sozialministeriums, also des Jugendhilfeministeriums. Leider wurde die Landesförderung inzwischen – aus rein finanziellen Gründen - unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Landkreise und Stadtkreise für Leistungen der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII wieder eingestellt.

Zeitgleich mit der neuen Welle der Schulsozialarbeit in den 90er Jahren entwickelte sich eine ganze Reihe weiterer Kooperationsformen der Jugendhilfe mit der Schule. Vom Kultusministerium wurde ein Förderprogramm Jugendarbeit und Schule aufgelegt, das Landesjugendamt Baden förderte die Kooperation des Allgemeinen Dienstes des Jugendamts mit den Schulen, die Schulverwaltung richtete die Landesarbeitsstelle Kooperation beim Oberschulamt und regionale Arbeitsstellen Kooperation in allen Schulamtsbezirken ein. Für die Begleitung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule gab es eine eigene Verwaltungsvorschrift und neuerdings das Projekt „Schulreifes Kind“. Jugendberufshilfe wurde am Übergang von der Schule in den Beruf tätig. Was das mit dem Thema Bildung zu tun hat, werde ich gleich im nächsten Abschnitt erläutern.

Nun also zu

2. Bewertung der gegenwärtigen Diskussion zur Rolle von Bildung im Hinblick auf Professionalisierung

Im Jahr 2002 erklärten die Leipziger Thesen (BKJ, AGJ und Sachverständige 11. JB) Bildung ist mehr als Schule und forderten: „Die direkten oder indirekten, bewusst geplanten oder impliziten Bildungspotenziale müssen in den Angeboten und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar gemacht und weiterentwickelt werden“.

Es reicht nicht, den Begriff Bildung nur legitimatorisch im Munde zu führen. Wenn Jugendhilfe den Anspruch hat, Bildungsprozesse junger Menschen durch ihre Einrichtungen und Angebote zu fördern, muss sich das konkret in Konzepten, Arbeitsplanungen, Handlungsvollzügen und in der Evaluation der eigenen Arbeit niederschlagen. Der Stand der Profession oder

der Zunft, wie Hans-Uwe Otto sagen würde - und wir sind hier ja unter uns - hinkt jedoch hinter den Debatten in Fachzeitschriften und teilweise auch den gesetzlichen Ansprüchen her. Teilweise haben wir es aber auch mit Rahmenbedingungen zu tun, die für die Einlösung des Bildungsanspruchs nicht gerade förderlich sind (z.B. Gruppengröße und Personalschlüssel in Einrichtungen der Tagesbetreuung)

Jugendarbeit

Nanine Delmas und Albert Scherr stellen in ihrem Beitrag Bildungspotenziale der Jugendarbeit (deutsche jugend Heft 3/2005) eine explorative Studie vor, die im Rahmen der Bildungsoffensive Baden-Württemberg durchgeführt worden ist. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Frage, ob die Jugendarbeit ihren Bildungsanspruch zur Zeit wirklich einlösen kann, ambivalent zu beantworten ist. Einerseits, so Delmas und Scherr, ereignet sich Bildung in der Jugendarbeit zu einem erheblichen Teil als Effekt der strukturellen Bedingungen dieses Arbeitsfeldes sozusagen unter der Hand, aber meist ohne bewusste Ein- und Mitwirkung der Hauptamtlichen. Andererseits, so ein weiteres Ergebnis der Studie, erwarten die Jugendlichen, die im Feld der Jugendarbeit auftauchen, durchaus mehr als nur Möglichkeiten, sich mit Gleichaltrigen zu treffen und gemeinsam die Freizeit zu verbringen. Das Fazit: Die Jugendarbeit schöpft die - insbesondere informellen - Bildungspotenziale, die sie aufgrund ihrer Strukturen durchaus hat, zur Zeit kaum aus. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung – so Delmas und Scherr – können insgesamt keineswegs als Bestätigung der Erwartung interpretiert werden, dass die Jugendarbeit über eine theoretisch fundierte, konzeptionell ausgewiesene und professionell ausgestaltete Bildungspraxis verfügt.

Ähnlich konstatieren auch die Tübinger Autoren des Landesjugendberichts Baden-Württemberg für die 13. Legislaturperiode: Bislang konnte die Kinder- und Jugendarbeit ihre Bildungspotenziale in der Diskussion über die Weiterentwicklung von produktiven Bildungsansätzen noch nicht ausreichend darstellen und offensiv vertreten.

Der aktuelle Bildungsbericht der Bundesregierung stellt im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung non-formaler Bildung und informeller Lernprozesse nicht nur fest, dass die Schule Unterschiede bei Computerkompetenzen, die in der Freizeit erworben werden und auch von häuslichen Nutzungsmöglichkeiten geprägt sind (Sozialstatus!) nicht ausgleichen kann. Festgestellt wird hinsichtlich des Kompetenzerwerbs durch freiwilliges Engagement in Vereinen, Verbänden und Initiativen auch, dass diese Möglichkeiten stärker von Jugendlichen aus dem Gymnasial- als solchen aus dem Hauptschulbereich genutzt werden, wobei ebenfalls herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligungen eine Rolle spielen. Ähnlich die Feststellung des 12. Jugendberichts: „Die vorherrschende nachfrageorientierte Angebotsform der Jugendarbeit korrigiert von sich aus soziale Ungerechtigkeitsstrukturen nicht, sondern setzt diese tendenziell fort.“ (S. 251)

Hier gibt es also für die Profession noch einiges zu tun.

Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Hier will ich exemplarisch nochmals auf die Schulsozialarbeit eingehen. Erstaunlicherweise gab es durch PISA keine breite Bildungsdebatte um den Bildungsbegriff von Schulsozialarbeit mit Ausnahme z.B. des Papiers „Jugendsozialarbeit – Bildung – Schule“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit: „Schulsozialarbeit organisiert im Kontext Schule Bildungsprozesse, die an der Vermittlung sozialer Kompetenzen wie auch an schulischen und berufsbezogenen Qualifikationen orientiert sind... Ihre Erfahrungen machen nur allzu deutlich, dass die bisherige Bildungsdiskussion nicht auf den Bereich Schule beschränkt bleiben darf.“

Auch im Tübinger Abschlussbericht der Begleitforschung zur Landesförderung wird kein Bildungsbegriff der Schulsozialarbeit thematisiert, betrachtet wird vielmehr die Etablierung „sozialpädagogischer Handlungskompetenz zur Unterstützung und Förderung des Lernens und der Lebensbewältigung von Kindern und Jugendlichen“ (Seite 295)

Schulsozialarbeit bezieht ihre Legitimation, betrachtet man die Trias Bildung, Betreuung, Erziehung nicht aus ihren Bildungs-, sondern aus ihren Erziehungsleistungen (und ist gerade damit sozusagen ein Selbstläufer, nach dem allerorten gerufen wird)

- Gewaltprävention,
- Konfliktlösungsfähigkeit, Soziales Lernen, Klassengemeinschaft
- Hilfe bei Problemen mit Eltern, Freunden, Mobbing durch Gleichaltrige oder Problemen mit Lehrern
- Schulversagen, Schulverweigerung (siehe Amoklauf eines „Verlierers“ in Emsdetten und Bedeutung der Schlüsselkategorie „Anerkennung“, die Bolay in der Böblinger Fallstudie herausgearbeitet hat)

Unter Bildungsaspekten wird die Schulsozialarbeit am ehesten in folgenden Bereichen betrachtet:

- Themenbezogene Projekte, z.B. Suchtprävention
- Vorbereitung auf den Übergang in Berufsausbildung oder BVJ

Im Hinblick auf die Professionalisierung zeigt mir ein zwiespältiges Bild der Schulsozialarbeit: Eberhard Bolay befürchtete nach Auslaufen der Landesförderung, für die eine Hochschulqualifizierung der Fachkräfte Voraussetzung war, einen schleichenden Prozess der Entfachlichung, womit er auch nach unseren Beobachtungen nicht unrecht hat:

- Stellenvolumen werden gekürzt
- Hochschulqualifizierte Fachkräfte werden durch ErzieherInnen ersetzt, oft auch nur in befristeten Arbeitsverhältnissen
- Fachkräfte werden mit Erwartungen hinsichtlich Erziehungs- und Betreuungsleistungen überfrachtet, die sie strukturell überfordern

Gerade angesichts der teilweise überzogenen Heilerwartungen an Schulsozialarbeit und der damit im Widerspruch stehenden knappen Ressourcen ist es für die Fachkräfte der Schulsozialarbeit unabdingbar, dass sie selbst fundiertes professionelles Verständnis ihrer Arbeit haben, um mit Rektor und Lehrerkollegium auf gleicher Augenhöhe kooperieren zu können und sich nicht überfordert zu verschleißen.

Damit komme ich zu

3. Trends im Hinblick auf praktische sowie auf sozial- und bildungspolitische Konsequenzen – Einschätzung von Zukunftsperspektiven

Die Föderalismusreform hat die Bildungshoheit der Länder gestärkt. Die Jugendhilfe insgesamt sollte ursprünglich im Hinblick auf ihre Bildungsaufgaben – insbesondere des Kindergartens - ebenfalls in die Länderhoheit kommen, das hätte das Ende des KHJG bedeutet. Die Einheit der Jugendhilfe steht nach der Föderalismusreform ohnehin auf dem Spiel, in etlichen Bundesländern ist z.B. Tagesbetreuung dem Kultusministerium und Jugendhilfe dem Sozialministerium zugeordnet, (vgl auch die Aufteilung von Jugendarbeit und außerschulischer Jugendbildung in Baden-Württemberg auf zwei Ministerien)

Der aktuelle Bildungsbericht der Bundesregierung weist auf den Zusammenhang von Bildung mit Gesundheit und politischer Beteiligung hin, beides sind ohne Zweifel Bildungsbereiche, die keineswegs durch die Schule alleine ausreichend abgedeckt werden können, son-

dern die auch zu den originären Aufgaben der Jugendhilfe zählen, die ja auch dabei ist, ihre Aktivitäten in diesen Bereichen zu verstärken.

Jugendarbeit

Was die Jugendarbeit betrifft, so sollte sie den Bildungsbegriff nicht überstrapazieren (vgl. Präventionsbegriff), jedoch vermehrte Anstrengungen unternehmen, ihre Bildungspotenziale im Zusammenhang mit der Alltagsbegleitung junger Menschen besser auszuschöpfen. Auch hier gibt es aktuelle Ansätze, wie z..B. das mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderte Projekt der AGJF und des Paritätischen Jugendwerks „Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit“. Auch die Debatten um Qualitätsentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, die vor einigen Jahren angestoßen wurden, jetzt aber eher wieder nachzulassen scheinen, sollten für die Qualifizierung der Bildungsaufgaben der Jugendarbeit genutzt werden.

Aus Sicht der Träger von Jugendarbeit ist auch ein dringender Wunsch an die Fachhochschulen und Universitäten, der Qualifizierung für das Arbeitsfeld Jugendarbeit wieder mehr Bedeutung beizumessen. Hierzu gab es ja – von unserer Seite vorangetrieben vor allem von Nanine Delmas – einen Theorie-Praxis-Dialog, der jedoch leider wieder einzuschlafen droht.

Der Politischen Bildung sollte m.E. wieder mehr Aufmerksamkeit in der Jugendarbeit geschenkt werden:

- als Befähigung und Motivierung junger Menschen, sich für die Belange des Gemeinwesens zu interessieren und sich aktiv einzubringen
- und als Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft

Nicht zuletzt stellt sich der Jugendarbeit auch die brisante Frage, was sie mit ihren Bildungspotenzialen dazu beitragen kann, dass junge Menschen auch in Phasen von Arbeitslosigkeit sich dennoch als Subjekte mit Selbstachtung, Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung erleben können, wie dies Albert Scherr als generelles Ziel der Bildung in der Jugendarbeit formuliert.

Schule und Jugendhilfe

Zum Schluss meines Statements möchte ich eine Empfehlung der Expertenkommission des 12. Kinder- und Jugendberichts aufgreifen, nämlich die lokalen Bildungslandschaften. „Ziel ist der Aufbau einer **kommunalen Bildungslandschaft** als Infrastruktur für Kinder und Jugendlichen, die getragen wird von Leistungen und Einrichtungen der Schule, der Kinder- und Jugendhilfe, von kulturellen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen, Institutionen der Gesundheitsförderung sowie privaten und gewerblichen Akteuren vor Ort.“ (S. 351).

Mit dem Ausbau von **Ganztagschulen**, auf den wir in der folgenden Diskussion sicher noch zu sprechen kommen werden, muss eine grundlegende pädagogische Reform der Schule einhergehen. Gesamtschule statt Separierung in Schularten, Rhythmisierung des Tagesablaufs, mehr eigenbestimmte Lernerfahrungen, Öffnung der Schule in das lokale Umfeld, Integration sonderpädagogischer und sozialpädagogischer Qualifikationen, stärkere Beteiligung von Eltern und Schülern, mehr individuelle Förderung, Integration statt Selektion.

Der Landesjugendhilfeausschuss hat unlängst der Landesregierung vorgeschlagen „Ganztagsbildung“ als Thema für den nächsten Landesjugendbericht zu nehmen, um die einzelnen landespolitischen Entwicklungen als Gesamtes mit den Bezügen zur Jugendhilfeplanung, Schulentwicklungsplanung und dem demographischen Wandel sowie der Integration von Migranten in den Blick zu nehmen und Impulse zu einem Gesamtbildungskonzept zu geben.